

**Niederschrift über die  
Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und  
Kulturausschusses am 08.05.2017**

Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Kreisrätinnen und Kreisräte:

Mitglieder des Sozialausschusses:	Reingruber, Holzwarth, Rienth, (CDU) Schaal, Tottmann, Wittner Kelemen, Bliesener, Franke, Rent- (SPD) schler Hinderer (bis 16:55 Uhr), Sailer, Se- (Freie Wähler) gan (bis 16:40 Uhr), Jensen Messinger, Heß-Naundorf (GRÜNE) Payr, Auer (bis 17:15 Uhr) (FDP-FW) Hinrichsen (bis 18:20 Uhr) (LINKE/ÖDP)
Die stv. Ausschussmitglieder:	Dr. Ketterer (CDU) Halder (GRÜNE) Wilhelm (FDP-FW)
Entschuldigte Mitglieder:	Dr. Ulfert (CDU) Fazio (GRÜNE) Goll (FDP-FW)
Mitglieder des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses:	Sczuka (bis 16:35 Uhr), Holzwarth, (CDU) Dr. Ketterer, Kölz (bis 16:40 Uhr), Wersch, Mößner, Breiter (bis 16:45 Uhr) Kaufmann, Hestler, Möhrle (SPD) Hesky, Friedrich (bis 16:50 Uhr), (Freie Wähler) Häuser, Jasper Besa, Brodersen, Wägner (GRÜNE) Lenk, Haußmann (FDP-FW) Throm (AfD//Unabhängige)

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 2

Öffentlich

Die stv. Ausschussmitglieder:	Dr. von Pollern	(CDU)
	Ostfalk	(Freie Wähler)
	Hofer	(FDP-FW)
	Bezler	(LINKE/ÖDP)
Entschuldigte Mitglieder:	Klopfer	(SPD)
	Hesky	(Freie Wähler)
	Meßmer	(FDP-FW)
	Kober	(LINKE/ÖDP)
Ferner:	Sozialerfahrene Bürger	
	Dr. Vogt, Amtsleiter Schulen, Bildung und Kultur	(Top 1)
	Geschäftsführender Schulleiter OstD Weißert	(Top 1)
	Schulleiterin Kamm	(Top 1)
	Integrationsbeauftragte Reimling	(Top 2)
	Herr Schneider, Leiter des Amtes für Besondere Hilfen und Flüchtlinge	(Top 2 und 3)
	Herr Steinbock, Agentur für Arbeit	
	Geschäftsführer Schwab, Jobcenter	(Top 3)
	Herr Müller, Amtsleiter Gesundheitsamt	(Top 4)
	Sozialdezernentin Bittinger	(Top 5)
	Herr Noller, Kommunaler Behindertenbeauftragter	(Top 6)
	Finanzdezernent Geißler	(Top 7)
	Weitere Mitarbeiter/innen	
	Presse	
Der Schriftführer:	Kreisoberamtsrat Hasert	

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 18:30 Uhr

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 3

Öffentlich

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist Landrat Dr. Sigel auf die im Sitzungsraum angeschlagene Bekanntgabe des nichtöffentlichen Beschlusses des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses vom 20. März 2017:

Gemäß § 34 Abs. 4 der Landkreisordnung hat der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss in seiner Sitzung am 20.03.2017 folgende Eilentscheidung für den Kreistag getroffen:

1. Dem unter Ziffer 2 in der Drucksache 2017/019 von der Kreisverwaltung vorgeschlagenen Übergangskonzepts zur Sozialbetreuung in der Anschlussunterbringung wird zugestimmt. Der Beschluss hebt im Zuge der Eilentscheidung den Beschluss des Sozialausschusses vom 28.11.2016 auf.
2. Den dafür notwendigen außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen 2016 in Höhe von monatlich 147.000 Euro (Durchschnitt) bzw. maximal 1.316.000 Euro bis Jahresende 2017 wird durch Eilentscheidung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss anstelle des Kreistages zugestimmt. Die Deckung soll über noch zu bewilligende Haushaltsübertragungen aus 2016 erfolgen.

Schulbericht 2016

Drucksache 2017/018

### § 1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Leiter des Amtes für Schulen, Bildung und Kultur, Herr Dr. Vogt erläutert die Drucksache 2017-018 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 4

Öffentlich

Der geschäftsführende Schulleiter der Beruflichen Schulen, Herr Oberstudiendirektor Weißert, berichtet über die Entwicklung im Jahr 2016. Er legt dar, die Beruflichen Schulen des Rems-Murr-Kreises seien sehr gut aufgestellt und hätten eine hohe Innovationsfähigkeit. Man sei geprägt von einer großen Heterogenität und stelle sich der Digitalisierung. Der Professionalisierung der Lehrkräfte komme die gleiche Bedeutung zu, wie dem Ausbau der individuellen Förderung, der Inklusion und der Integration. Die Weiterentwicklung des Übergangsbereiches sei modellhaft. Herr Weißert führt weiter aus, unverändert hoch seien die Schülerzahlen in den VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse) mit derzeit 450 Schülerinnen und Schülern in 27 Klassen. An jedem der 3 Berufsschulzentren würden 1 bis 2 Analphabetenklassen geführt. Trotzdem gebe es eine Warteliste mit momentan 55 Jugendlichen. Er spreche sich daher dafür aus, dass deswegen auch die Unterstützung durch andere Schulen, die sonst über 16-Jährige beschulen, zum Abbau dieser Wartelisten nötig sei. Zum Ende des Schuljahres könne über Vermittlungen aus den VABO-Klassen in eine duale Ausbildung, noch wenig gesagt gemacht werden. Direkt aus dem VABO würden dies nur wenige schaffen. Ein Großteil der Schüler werde das VABO ein weiteres Jahr besuchen, die anderen überwiegend im AV-dual oder im VABR (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf in der Regelform) weiterbeschult werden. Sehr dankbar seien die Beruflichen Schulen für die Etablierung der VABO-Begleiter. Noch in diesem Schuljahr würde an jedem Zentrum ein Begleiter eingestellt werden. Ein zentrales Problem in VABO-Klassen sei nicht nur die Vermittlung von Deutschkenntnissen als Alltagssprache, sondern auch als Fachsprache. Von ursprünglich 33 Wochenstunden, sehe die Neufassung der Schulversuchsbestimmungen allerdings nur noch 20 Stunden vor für den Schwerpunkt Vermittlung von Deutschkenntnissen. Dies sei zwar wichtig, aber die Vermittlung von fachlichen Kompetenzen (Werkstattunterricht) komme damit zu kurz. Die gesamte Situation in den VABO- und den AV dual-Klassen sowie z.T. in den weiterführenden Schularten werde allerdings von den z.T. unklaren Bleibeperspektiven überschattet. Auch für Ausbildungs- und Praktikumsbetriebe, die dringend Azubis suchen, gäbe es zu wenig Planungssicherheit. Selbst für Betriebspraktika brauche es seit März für Geduldete und Asylbewerber eine Genehmigung der Ausländerbehörde. Solange diese existenziellen Probleme für die Jugendlichen nicht gelöst seien, werde es schwer sein, ihre Motivation hoch zu halten. Somit sei die Chance auf Ausbildung und damit auf Integration nur für Wenige realistisch. Herr Weißert berichtet außerdem, dass die Lehrerversorgung bei der Flüchtlingsbeschulung sehr häufig mit befristeten Verträgen erfolge, die zum Ende des Schuljahrs enden. So gäbe es auch für besonders bewährte Lehrkräfte

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 5

Öffentlich

keine weiteren Perspektiven. Somit würden die Schulen am Schuljahresbeginn wieder bei Null anfangen, da sehr viel Erfahrung wegbreche.

Die Leiterin der Leiterin Bodelschwingh-Schule Murrhardt, Frau Kamm, berichtet über die aktuelle Situation an den Sonderschulen im Kreis. An allen Schultypen seien die Schülerzahlen steigend. Die früheren Außenklassen würden nun als „kooperative Organisationsformen mit allgemeinbildenden Schulen“ fortgeführt. Die Inklusion habe die Sonderschulen nicht so sehr betroffen, als dass deren Bestand gefährdet sei. Die erfolgten Umbauten und Sanierungen an der Christian-Morgenstern-Schule in Waiblingen sowie an der Bodelschwingschule in Murrhardt seien sehr gelungen, wofür sie sich stellvertretend bedanke.

Kreisrat Hestler erklärt, ihm sei aufgefallen, dass die Schülerzahlen weiter stark steigen und sich nicht an die Prognosen halten würden. Es sei auch von einem weiteren Zuwachs auszugehen, da die Beruflichen Schulen z.B. als Ersatz für G9 gelten würden und es würden auch immer mehr Lehrstellen besetzt. Insofern stelle sich die Frage, ob in Zukunft auch mehr Geld in die Schulen investiert werden müsse. Des Weiteren zu hinterfragen sei mit dem Verweis auf Seite 20 des Schulberichts, ob die beruflichen Schulen im Hinblick auf Industrie 4.0 in technisch genügend ausgerüstet seien. Zudem interessiere ihn, wer für die Kürzungen bei den VABO-Klassen verantwortlich sei.

Kreisrat Lenk erklärt, man könne stolz auf die Beruflichen Schulen und Sonderschulen im Kreis sein. Diese hätten eine enorme Leistung erbracht. Zum VABO könne er zwar die Rekordzahl an Klassen bestätigen, die Integrationsleistung könne jedoch durch die Stundenreduzierung nur eingeschränkt erbracht werden. Hinzu komme, dass die Lehrkräfte in jedem Schuljahr wieder bei Null starten müssten. Nicht nachvollziehbar sei auch, warum die Bearbeitung der Einrichtungsanträge so lange dauere. Wenn man zögere, mache es eine private Einrichtung und man habe das Nachsehen. Bezüglich der Schließung von Fachklassen und der Zusammenlegung von Schulstandorten sei zu bedenken, dass man derzeit eine sehr hohe Ausbildungsquote habe und eine ortsnahe Beschulung für die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe wichtig sei. Nach seiner Ansicht müsse die Schulentwicklungsplanung über Jahre im Voraus erfolgen. Insofern sei er dankbar, dass man nun einen 7-Jahres-Plan erstellen wolle. Es gehe einerseits darum, welche pädagogischen Perspektiven die

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 6

Öffentlich

Schulen mit welchen neuen Bildungsgängen einrichten wollen, aber auch um die technischen Ausstattung und Medienplanung.

Kreisrat Wägner bedankt sich neben den Schulleitern, bei allen am Erfolg der Schulen Beteiligten, zumal ständig auf neue Herausforderungen flexibel reagiert werden müsse. Er rege an zu überprüfen, wie zufriedenstellend die technische Ausstattung der Schulen sei.

Kreisrat Sczuka schließt sich dem Dank an. Er erinnert an den Antrag zum Modellprojekt Lernfabrik 4.0 für die gewerbliche Schule in Backnang, wo man leider nicht zum Zuge gekommen sei. Glücklicherweise sei ein Showroom durch die Unterstützung von Partnerfirmen ermöglicht worden. Er wolle wissen, ob es hier erneut eine Chance für ein Förderprogramm gebe.

Oberstudiendirektor Weißert antwortet in Bezug auf die technische Ausstattung, die anstehenden Herausforderungen seien mit dem üblichen Budget nicht leistbar. Dies beginne mit der Gefährdungsbeurteilung, die ergeben habe, dass bestimmte Maschinen nicht mehr verwendet werden dürften und auch im Bereich Industrie 4.0 müssten Investitionen getätigt werden. Es gebe momentan keine Fortsetzung des Modellprojekts Lernfabrik 4.0. Die VABO-Kürzungen seien wohl darauf zurückzuführen, dass eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen beschult werden müssten.

Landrat Dr. Sigel betont, dass man bei allen sich bietenden Möglichkeiten mit dem Land, um eine stärkere Unterstützung gebeten habe. So sollen z.B. im Bereich AV-Dual neue Förderungen, auch für Flüchtlingsklassen kommen.

Frau Bittinger antwortet ergänzend, die Schulentwicklungsplanung solle langfristig angegangen werden. In Abhängigkeit von der Ausstattung und der strategischen Ausrichtung bzw. Schwerpunktsetzung müssten dann auch die Budgets für die Haushalte geplant werden.

Herr Dr. Vogt antwortet zur Frage von Kreisrat Dr. Ketterer, es sei noch offen, ob das beantragte 6-jährige Gymnasium zum Schuljahr 2017/2018 komme.

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 7

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel erklärt auf Frage von Kreisrat Messinger, der Erlass zur Duldung während einer Ausbildung könne dann angewandt werden, wenn die entsprechenden Sprachkenntnisse und ein Ausbildungsvertrag vorhanden seien.

Der Sozialausschuss nimmt den Schulbericht 2016 zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 5

1 Amt für Schulen, Bildung und Kultur

## § 2

### Integrationsplan für den Rems-Murr-Kreis

#### Drucksache 2017/064

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache. Er führt einleitend aus, der Integrationsplan sei bereits zur Sitzung des VSKA am 20.03.2017 aufgelegt worden und solle heute nun behandelt werden. Zwischenzeitlich habe das Land Baden-Württemberg mit den Kommunalen Spitzenverbänden am 28.04.2017 auch den Pakt für Integration verabschiedet. Für die Umsetzung seien zwar noch verschiedene Punkte offen, Vieles decke sich jedoch mit dem, was der Kreis mit den Städten und Gemeinden sowie den Freien Trägern als Grundlagenpapier erarbeitet habe. So gehe es darum, Doppelstrukturen zu vermeiden und praktische Lösungsansätze aufzuzeigen. Die Integrationsbeauftragte des Kreises, Frau Reimling, habe den Prozess gesteuert und das Gesamtwerk aufbereitet. Sobald die im Pakt vorgesehenen Integrationsmanager Vorort aktiv seien, werde mit den Kommunen die konkrete Aufgabenverteilung nochmals abgestimmt. Er erinnere hierzu auch an die Eilentscheidung des VSKA vom 20.03.2017, zur Sozialbetreuung von Flüchtlingen.

Frau Reimling, erläutert die Drucksache 2017/064 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel ruft die nachstehenden Anträge der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige auf und nimmt Stellung für die Verwaltung wie in der Präsentation dargestellt, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Throm begründet die Anträge. So sehe man einen Widerspruch, wenn ausreisepflichtige Personen integriert werden sollen. Ferner störe man sich daran, wenn die Hausordnungen in den Unterkünften nur „mit Augenmaß“ umgesetzt würden. Als weiteren Punkt solle gestrichen werden, „das Jobcenter [...] zu sensibilisieren, um Kürzungen [...] bei den Kosten der Unterkunft nur als letztes Mittel einzusetzen und möglichst zu vermeiden.“ Damit würden die Sachbearbeiter im Jobcenter angehalten, Verstöße nicht zu ahnden.



Kreisrat Kaufmann betont, grundsätzlich sei der Integrationsplan sehr wichtig, um das Ziel zu erreichen, die Menschen, die neu in den Kreis gekommen seien, richtig aufzunehmen. In den Arbeitskreisen warte man auch dringend auf entsprechende Leitlinien. Auch wenn es künftig Integrationsmanager gebe, werde man die Aufgabe ohne das Ehrenamt nicht bewältigen können. Deshalb schlage man vor, dass der Kreis die Koordination übernehmen solle und auch die Vorsitzenden der Arbeitskreise mit einbinde. Es müsse gerecht zugehen und gleichzeitig Regeln vermittelt werden.

Kreisrat Haußmann erklärt, mit dem Integrationsplan übernehme der Rems-Murr-Kreis ein Stück weit auch eine Vorreiterrolle. Er habe den Eindruck, dass die Aktivitäten Vorort schneller umgesetzt würden, bevor flankierende Gesetze helfen könnten. Es dürfe es nicht sein, dass im BAMF Stellen abgebaut würden, während noch 300.000 Fälle unbearbeitet seien. Es stelle sich auch die Frage nach den Kapazitäten im Landratsamt und der Priorisierung. Bei der Ausbildung müsse es mehr Verlässlichkeit für die Unternehmen und die ehrenamtlichen Arbeitskreise geben, dies sich hier engagieren würden. Dies zeige, dass ein Einwanderungsgesetz fehle. Bei der Arbeitsmarktintegration sei auch eine klare Sprache gegenüber den Ministerien erforderlich, die hier oft unterschiedliche Ziele verfolgen würden.

Kreisrat Messinger erinnert daran, dass im Jahr 2015/2016 in kurzer Zeit mehr als 5.000 Menschen in den Kreis gekommen seien. Es sei anerkennenswert, was Frau Reimling hier geleistet habe und wie strukturiert vorgegangen werde. Der Flüchtlingsdialog der stattgefunden habe, verlaufe sehr gut, da unterschiedlichste Akteure aus Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Kirchen miteinbezogen gewesen seien. Zu jedem Handlungsfeld seien nun konkrete Vorschläge aufgelistet worden. Allein vom Landkreis sei dies jedoch nicht steuerbar, deswegen sei es wichtig, auf Netzwerke zurückzugreifen.

Kreisrat Hinderer berichtet aufgrund eigener Erfahrung im Arbeitskreis Alfdorf-Haghof, manchmal habe man den Eindruck, dass die Maßnahmen nicht ankommen würden. Die Zahl der Ehrenamtlichen, wo man mit 100 gestartet sei, gehe zurück und die Motivation werde geringer. Leider sei es nicht gelungen, das Jobcenter zu einem Sprechtag im Haghof zu bewegen. Seit 4 Monaten werde

auch auf eine Verlegung des Spielzimmers gewartet. Er habe allerdings auch schon positive Erfahrungen gemacht. Insgesamt sei die Unterkunft aufgrund der Infrastruktur jedoch wenig geeignet.

Landrat Dr. Sigel entgegnet, es sei richtig, dass es in der Fläche nach wie vor Unterkünfte gebe, die nicht ideal seien. Aber auch wenn es nach wie vor zu viel Arbeit für zu wenige Kräfte sei, habe man schon Einiges auf den Weg bringen können. Die Kapazitäten für die Betreuung sollen aufgrund des Paktes für Integration mit 320 Mio. Euro für 2017 und 2018 erst kommen. Die Landkreise hätten immer deutlich gemacht, dass hier eine staatliche Aufgabe erfüllt werde, die durch das Land refinanziert werden müsse. In der Zwischenzeit werde versucht, einen Austausch hinzubekommen. So sei ein erneutes Ehrenamtstreffen, mit der Agentur für Arbeit und den kommunalen Integrationsbeauftragten terminiert. Was die Aufenthaltsperspektive betreffe, solle man sich nach seiner Meinung auf diejenigen konzentrieren, die eine Aussicht auf ein Bleiberecht hätten und nur diese sollen den Landkreisen zugewiesen werden.

Kreisrätin Besa spricht Frau Reimling ihren Dank für das Geleistete aus. Es stelle sich nun die Frage, mit was begonnen werde und wer die Federführung für die Maßnahmen habe. Ferner bitte sie um Auskunft, wie es mit der Stelle weitergehe, da die Landesförderung 2019 ende. Des Weiteren bitte sie um Erläuterung der Stellen für die beabsichtigte Koordinierungsstelle für Bildungsangebote für neu Zugewanderte.

Kreisrat Sczuka begrüßt den vorgelegten Integrationsplan, der eine Gesamtschau ermögliche. So zeige sich, dass nicht die Flüchtlinge in der Erstunterbringung, sondern die Anschlussunterbringung eine langfristige Aufgabe sei. So könnten zum Beispiel Versäumnisse, die es bei den ersten Gastarbeitergenerationen gegeben habe, vermieden werden. Bei Vielem betrete man Neuland und es komme insbesondere darauf an, wie dies jeweils gelebt werde. Zudem würden die Integrationsbemühungen auch von der persönlichen Motivation eines jeden Einzelnen abhängen, z.B. bei Deutschkursen. Fakt sei auch, dass nicht für jeden, der Arbeit habe, automatisch ein Bleiberecht bestehe. Deshalb halte er auch ein Einwanderungsgesetz für notwendig.

Kreisrat Bliesener erklärt, der Integrationsplan sei ein sehr gutes Arbeitspapier. Wichtig sei nun eine Strategie, damit die Maßnahmen zielorientiert bei den Menschen ankommen. Zudem müsse die

Wirkweise von gesetzlichen Vorschriften hinterfragt werden. Nachdem nun Flüchtlinge, für die Unterbringung bezahlen müssten, würden die, die arbeiten kaum besser gestellt, wie Nicht-Arbeitende. Ein Einwanderungsgesetz werde zwar nicht Frage gestellt, aber hier gehe es nicht wie im Asylbereich um die Bedingungen im Herkunftsland, sondern um die Qualifikation und die Integrationsbereitschaft. Außerdem kritisiert er, dass es eine Informationsflut für die ehrenamtlich Engagierten gebe. Besser wäre es nach seiner Meinung, wenn dies sinnvoll abrufbar wäre. Zudem rege er an zu versuchen, auch Flüchtlinge ins Ehrenamt einzubinden.

Kreisrat Hestler regt an, auch Hilfestellung für das Ehrenamt zu geben, wie mit schwierigen, integrationsunwilligen Flüchtlingen umgegangen werden soll. Hierbei bitte er künftig auch auf verständlichere Formulierungen zu achten.

Landrat Dr. Sigel nimmt zu den vorstehenden Redebeiträgen Stellung und betont, der nun vorgelegte Plan bedeute einen guten Start. Dies liege auch daran, dass man von Anfang an unterschieden habe zwischen Migration und Integration. Ihm sei auch wichtig gewesen, das Thema bei der Wirtschaftsförderung anzusiedeln und die vorhandenen Netzwerke in diesem Bereich zu nutzen. Die Bildungskoordinatoren seien befristete Stellen in einem Bundesprogramm mit einer 100% Förderung und würden bei den Schulen als Schnittstelle angesiedelt. Die künftigen Themenschwerpunkte seien auch eine Frage des Integrationspaktes, bei dem Kommunen ein Wahlrecht hätten, die Integrationsmanager selbst einzustellen, oder dies den Kreis machen zu lassen, wo man seit März schon ein Betreuungskonzept mit den Freien Trägern zur Verfügung habe. Die Städte und Gemeinden würden aber sicherlich auch eigene Schwerpunkte setzen wollen. Bezüglich des von den Kreisräten Bliesener und Hestler angesprochenen „zweiten Aufschlags“ müsse man an der Leitlinie weiterarbeiten und dies beim nächsten Netzwerktreffen mit den Gemeinden bzw. Ehrenamtlichen kommunizieren. Im Übrigen werde die Verwaltung über die weitere Umsetzung informieren.

Es besteht Einvernehmen, dass beide Ausschüsse gemeinsam abstimmen.

Die Ausschüsse lehnen den nachstehenden Antrag der AfD/Unabhängige bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

1. Im Kapitel 2.1. Kompetenz-/Potenzialanalysen: Standards vereinheitlichen (S. 42 ff.) Der Absatz „Vereinbarte Maßnahmen“ ist wie folgt zu ergänzen:  
Im Rahmen des Integrationsplans können Maßnahmen von Seiten der Kreisverwaltung zugunsten von Personen mit Duldung nicht ergriffen werden.

Die Ausschüsse beschließen mehrheitlich den Antrag der AfD/Unabhängige:

2. Der Absatz „Vereinbarte Maßnahmen“ ist unter Punkt 1. Wie folgt zu ändern: „Das Landratsamt wird gebeten, 1. die geltenden Hausordnungen durchzusetzen.“

Die Ausschüsse lehnen den nachstehenden Antrag der AfD/Unabhängige bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab:

3. Im Kapitel 3.2. Leerstand: Ungenutzten Wohnraum reaktivieren (S. 64 ff.) Im Absatz „Vereinbarte Maßnahmen“ ist der Punkt 3. zu streichen.

Die Ausschüsse beschließen mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

1. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss sowie der Sozialausschuss stimmen dem Integrationsplan für den Rems-Murr-Kreis und dessen Umsetzung, unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse, zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss sowie den Sozialausschuss in einem Jahr über den Umsetzungsstand des Integrationsplans zu informieren.

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 13

Öffentlich

Auszüge:

1 Amt für besondere Hilfen und Flüchtlinge

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 14

Öffentlich

## § 2.1

### Antrag der AfD - Ergänzung des Kapitel 2.1. Kompetenz-/Potenzialanalysen

Die Ausschüsse lehnen den nachstehenden Antrag der AfD/Unabhängige bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

1. Im Kapitel 2.1. Kompetenz-/Potenzialanalysen: Standards vereinheitlichen (S. 42 ff.) Der Absatz „Vereinbarte Maßnahmen“ ist wie folgt zu ergänzen: Im Rahmen des Integrationsplans können Maßnahmen von Seiten der Kreisverwaltung zugunsten von Personen mit Duldung nicht ergriffen werden.

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 15

Öffentlich

## § 2.2

### Antrag der AfD - Kapitel 2.1. Kompetenz-/Potenzialanalysen abändern

Die Ausschüsse beschließen mehrheitlich den Antrag der AfD/Unabhängige:

2. Der Absatz „Vereinbarte Maßnahmen“ ist unter Punkt 1. Wie folgt zu ändern: „Das Landratsamt wird gebeten,
  1. die geltenden Hausordnungen durchzusetzen.“

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 16

Öffentlich

### § 2.3

Antrag der AfD - 3. Im Kapitel 3.2. Leerstand: Ungenutzten Wohnraum reaktivieren

Die Ausschüsse lehnen den nachstehenden Antrag der AfD/Unabhängige bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

3. Im Kapitel 3.2. Leerstand: Ungenutzten Wohnraum reaktivieren (S. 64 ff.) Im Absatz „Ver- einbarte Maßnahmen“ ist der Punkt 3. zu streichen.



Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 17

Öffentlich

## § 2.4

### Beantwortung von Anträgen zum Haushalt 2017

hier: Umsetzung der Richtlinie für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM)

Drucksache 2017/107/1

Die Ausschüsse beschließen mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

1. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss sowie der Sozialausschuss stimmen dem Integrationsplan für den Rems-Murr-Kreis und dessen Umsetzung, unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse, zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss sowie den Sozialausschuss in einem Jahr über den Umsetzungsstand des Integrationsplans zu informieren.

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 18

Öffentlich

### § 3

Beantwortung von Anträgen zum Haushalt 2017

Drucksache 2017/107

Ohne weitere Beratung nehmen die Ausschüsse den Bericht zur Kenntnis.

### § 3.1

#### Bericht über die Integration von Flüchtlingen in den regionalen Arbeitsmarkt; Antrag der SPD-Fraktion

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Herr Steinbock, Agentur für Arbeit, berichtet über die Integration von Flüchtlingen in den regionalen Arbeitsmarkt anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Messinger betont, die vorgestellten Zahlen würden zeigen, dass man erst am Anfang stehe, die geleistete Arbeit sei jedoch jetzt schon hoch genug einzuschätzen. Ihn interessiere, wie hoch die Bereitschaft der Wirtschaft sei, Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung zu nehmen.

Kreisrätin Wilhelm kritisiert, dass es nicht zu hohe bürokratische Hürden bei der Auswahl von Sprachlehrern geben dürfe. Die Anfahrtswege zu den Sprachkursen seien zumutbar, weil es ein umfangreiches ÖPNV-Angebot gebe.

Herr Steinbock antwortet, die Bereitschaft der Arbeitgeber sehr hoch, vor allem in kleineren und mittleren Unternehmen. Es gäbe schon rd. 100 Stellen für Zugewanderte in der Datenbank der Agentur.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

#### Auszüge:

1 Integrationsbeauftragte

1 Amt für besondere Hilfen und Flüchtling

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 20

Öffentlich

### § 3.2

Umsetzung der Richtlinie für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen; Antrag der SPD-Fraktion

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Nach kurzer weiterer Beratung nehmen die Ausschüsse die Drucksache 2017/107/1 zur Kenntnis.

Auszüge:

- 1 Integrationsbeauftragte
- 1 Amt für besondere Hilfen und Flüchtling

#### § 4

##### Bericht des Jobcenters

##### Drucksache 2017/097

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Geschäftsführer des Jobcenters, Herr Schwab, erläutert die Drucksache 2017/097 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Reingruber erklärt, obwohl man im Prinzip Vollbeschäftigung habe, bestehe das Problem Langzeitarbeitslosigkeit nun schon seit mehreren Jahren. Daher wünsche er viel Erfolg mit den vorgestellten Maßnahmen.

Kreisrat Messinger merkt an, dass die Langzeitarbeitslosigkeit nun schon seit vielen Jahren trotz guter Konjunktur anhalte, liege oft an Mehrfachbeeinträchtigungen. Infolge dessen komme hier meist nur eine Beschäftigung im 2. Arbeitsmarkt in Frage. Entscheidend sei hier, wie viele Fördermittel aus Bundesprogrammen zur Verfügung stünden und ob eine verbesserte Fördersituation anstehe.

Kreisrätin Wilhelm weist auf die gestiegenen Kosten für Unterkunft und Heizung hin. Hier müsse auch ein Energiebewusstsein bei den Leistungsbeziehern geweckt werden. Erfreulich sei, dass es dem hiesigen Jobcenter gelungen sei, so viele Bundesmittel zu erhalten.

Geschäftsführer Schwab antwortet, es sei wahrzunehmen, dass die Politik erkannt habe, dass der 2. Arbeitsmarkt stärker unterstützt werden müsse. Dies setze jedoch eine entsprechende finanzielle Ausstattung voraus, da das reguläre Budget nur für den 1. Arbeitsmarkt genutzt werden dürfe.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dass die Beantwortung der Frage von Kreisrätin Heß-Naundorf zur Altersverteilung der Langzeitarbeitslosen nachgereicht wird.

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 22

Öffentlich

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 5

1 Kreissozialamt

## § 5

### Vorstellung Gesundheitsamt

Herr Müller, Leiter des Gesundheitsamtes stellt das Amt anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, vor.

Herr Müller antwortet auf Frage von Frau Heß-Naundorf, es würden auch HIV-Infoveranstaltungen für Schulklassen angeboten. Er antwortet Kreisrat Dr. Ketterer, bei der Lebensmittelhygiene würden sich das Gesundheitsamt und die Lebensmittelüberwachungsbehörde ergänzen. Auf die Frage von Kreisrätin Medeck gibt Herr Müller die Auskunft, dass auf Anforderung auch Schulfähigkeitsuntersuchungen für Jugendliche durchgeführt würden. Er antwortet Kreisrat Rienth, die Durchführung der Einschulungsuntersuchung sei Pflicht.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

### Auszüge:

1 Dezernat 5

1 Gesundheitsamt

## § 6

### Krisen-, Klärungs- und Vermittlungsdienst (KKV) - Erste Zwischenergebnisse

#### Drucksache 2017/094

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Sozialdezernentin Frau Bittinger erläutert die Drucksache 2017/094 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Herr Seiler, Krisen, Klärungs- und Vermittlungsdienst (KKV), stellt zwei Praxisbeispiele vor.

Kreisrat Franke erklärt, aufgrund der Vielzahl der Fälle sei es gut, dass nun der KKV eingerichtet worden sei. Es habe 175 Anfragen gegeben, von denen 134 abgeschlossen werden konnten. Hier interessiere ihn, wie dies erledigt worden sei. Außerdem wolle er wissen, ob auch die Kommunen hierauf Einfluss hätten.

Kreisrätin Wilhelm bittet um Auskunft, wie die Bürger vom KKV erfahren würden. Außerdem fragt sie, ob manche Personen des Öfteren erscheinen, oder ob die Fälle immer erfolgreich abgeschlossen werden könnten bzw. wie messbar der Erfolg sei. Ferner wolle Sie wissen, ob der KKV Flüchtlinge betreue und was außerhalb der Sprechzeiten passiere.

Kreisrat Messinger erklärt, der Bericht habe deutlich gemacht, wie sinnvoll das Angebot sei. Die Einrichtung sei in den Gremien zwar umstritten gewesen, es hätten aber auch verschiedene Gemeinden die Notwendigkeit bestätigt und es sei ein Netzwerk der Hilfsorganisationen vorhanden. Ihn interessiere daher die Rückmeldung aus den Kommunen.

Herr Seiler antwortet, ein Fall sei abgeschlossen, wenn keine Hilfen mehr benötigt werden. Ansonsten schätze man die Fremd- und Eigengefährdung ab, man berate auch Angehörige und arbeite mit dem amtsärztlichen Dienst zusammen. Anfangs sei man eher von den größeren Städten angefragt worden, inzwischen kämen auch kleinere Gemeinden auf den Dienst zu. Die Rückmeldungen seien



Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 25

Öffentlich

durchweg positiv. Hinsichtlich der Erreichbarkeit sei es so, dass der 1. Ansprechpartner üblicherweise die Polizei und das Ordnungsamt sei. Die Betreuung von Flüchtlingen sei bis jetzt Aufgabe des Sozialdienstes, wobei hier ein kollegialer Austausch bestehe.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss die Zwischenergebnisse zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 5

## § 7

### Bericht des Kommunalen Behindertenbeauftragten

#### Drucksache 2017/047

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kommunale Behindertenbeauftragte, Herr Noller, erläutert die Drucksache 2017/047 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Kelemen erklärt, das Landesbehindertengleichstellungsgesetz sei notwendig gewesen und nun auf einem guten Umsetzungsweg im Rems-Murr-Kreis. So habe die Ortsbegehung mit in Plüderhausen eine sehr gute Resonanz gehabt. Auch bei der Umsetzung in den Schulen habe man mit Herrn Noller nun eine fachkundige Hilfe.

Kreisrat Franke betont, Inklusion bedeute für ihn weit mehr als Barrierefreiheit, da eine Veränderung „in den Köpfen“ stattfinden müsse, zumal 8 % der Bevölkerung schwerbehindert seien.

Kreisrätin Wilhelm weist darauf hin, dass es auch Kurzzeitbehinderungen gebe und sie rege daher an, zeitlich begrenzte Behindertenausweise auszustellen, um z.B. auf Behindertenparkplätzen parken zu können.

Kreisrat Messinger merkt an, dass viele Menschen nicht die erforderliche Sensibilität hätten. Insofern sei es erfreulich, dass man jetzt einen Ansprechpartner habe und durch dessen Tätigkeit, Eini- ges in Gang gebracht werden könne.

Der Sozialausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2016 des Kommunalen Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

#### Auszüge:

1 Dezernat 5

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 27

Öffentlich

## § 8

### Verschiedenes

Unter diesem Tagesordnungspunkt erfolgten keine Wortmeldungen.

Niederschrift **Gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses sowie des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses** am 08.05.2017

Seite 28

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert